

ANZEIGE



WKB Konto  Paket
so individuell und
vielseitig wie Sie

 Walliser
Kantonalbank
www.wkb.ch

UNTERWALLIS

Télemorgins braucht Geld

MORGINS | Fast vier Millionen Franken an Verlust hat Télemorgins in den letzten vier Jahren kumuliert eingefahren. Nun gilt es, die Unternehmung zu sanieren. In einer ersten Rettungsaktion müssen bis Ende Juni 1,8 Millionen Franken gesammelt werden. Derzeit hat man auch dank Zweitwohnungsbesitzern etwa 900 000 Franken zusammen. Mit dem Geld sollen dringende Unterhaltsarbeiten finanziert werden, darunter auch die Wiederinbetriebnahme der Sesselbahn «Foilieuse». Gleichzeitig will die Gesellschaft das Aktienkapital von heute 2,8 auf 5,6 Millionen Franken verdoppeln. Gleichzeitig will man auch mit Gläubigern für einen Schuldenerlass verhandeln.

Vouvry setzt auf Wasserkraft

VOUVRY | Die Gemeinde Vouvry investiert in erneuerbare Energien. Die alte Zentrale soll erneuert werden. Gleichzeitig soll eine neue gebaut werden. Insgesamt werden beide Zentralen Strom für etwa 3500 Haushalte produzieren. Die Investitionen für beide Anlagen belaufen sich laut einer Medienmitteilung auf 20 Millionen Franken.

Kiosk überfallen

ST-MAURICE | Ein unbekannter Täter hat am Samstag in St-Maurice einen Kiosk überfallen. Laut der Walliser Kantonspolizei ereignete sich der Überfall kurz vor 14.00 Uhr. Ein unbekannter Täter betrat den Kiosk, bedrohte die Angestellte mit einer Handfeuerwaffe, zwang diese das vorhandene Bargeld zu übergeben und flüchtete. Ein umfangreiches Fahndungsdispositiv der Kantonspolizei wurde in Zusammenarbeit mit der Gemeindepolizei unverzüglich erstellt. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet. Der Täter war 180 Zentimeter gross, schlanker Statur, schwarzer Hautfarbe und trug eine Sturmhaube.

Gesundheitswesen | Bislang keine Einigung im «TARMED»-Streit mit den Versicherern

Walliser Ärzte schlagen Alarm

WALLIS | Nirgends in der Schweiz ist der Ärztetarif «TARMED» so tief wie im Wallis. Nach der Ankündigung von Bundesrat Alain Berset, 700 Millionen Franken zu sparen, wird es den Walliser Ärzten zu bunt: Sie warnen vor einem ernsthaften Ärztemangel und sehen die Zukunft des Notfalldienstes HANOW in Gefahr.

Unter dem Titel «Nein zum medizinischen Leistungsabbau in Randregionen» hat die Walliser Ärztesgesellschaft VSÄG deshalb gestern in die Kantonshauptstadt geladen. Ihr Ziel: Die Bevölkerung auf die Thematik aufmerksam zu machen und so Druck auf die Krankenkassen und Gesundheitsminister Alain Berset auszuüben.

82 oder 92 Rappen?

82 Rappen ist der Taxpunkt «TARMED» im Wallis wert. Das ist klar tiefer als der nationale Schnitt von 88 Rappen; im Gebiet der Westschweiz (94,5 Rappen ohne das Wallis) gestaltet sich die Diskrepanz noch grösser. Mit dem Ziel, den Taxpunkt auf ein aus ihrer Sicht faires Niveau von 92 Rappen anzuheben, habe die Walliser Ärzteschaft den Taxpunktwert mit den Krankenkassen im letzten Sommer gekündigt, erklärte VSÄG-Präsidentin Monique Lehky Hagen. Auch die Walliser Spitäler, welche mit einem Taxpunkt von 87 Rappen abrechnen, streben für die Zukunft eine Erhöhung auf mindestens 90 Rappen an.

Allerdings: Die Verhandlungen der Mediziner mit den Krankenkassen sind vorerst auf Eis gelegt; diese hätten die klar dargelegte Datenlage ignoriert, ist Lehky Hagen enttäuscht. «Die Versicherer verfolgen systematisch das Ziel, die Kosten bei allen medizinischen Leistungserbringern zu senken, ohne die Zunahme der Gestehungskosten und weiterer kostentreibenden Faktoren zu berücksichtigen», ärgert sie sich. Dass die Krankenkassen so den Erhalt eines qualitativ guten Gesundheitssystems gefährdeten, dürfe nicht akzeptiert werden. Lehky Hagen fordert die Krankenkassen deshalb auf, die Taxpunktwertanpassung – auf wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Daten basierend – zu überdenken.

Ansonsten könne der Erhalt der ambulanten Medizin im Wallis nicht sichergestellt werden. Dass die «Gegenseite» bislang mit realitätsverzerrenden und nicht bereinigten Statistiken argumentiert habe, sei für sie «inakzeptabel».

«Der Weiterbetrieb des HANOW wäre unter diesen Umständen undenkbar»

Monique Lehky Hagen
Präsidentin VSÄG

Vorderhand sieht es allerdings danach aus, dass nun der Staatsrat über die neue Höhe des Walliser Taxpunkts entscheidet. Dass dieser Entscheid sodann von einer der zwei Parteien möglicherweise bis vor die letzte Instanz angefochten wird, ist gut denkbar. Ein definitiver Urteilsspruch wäre sodann wohl erst in einigen Jahren zu erwarten.

Bersets Pläne gefährden den HANOW

Verstärkt wird der Missmut der Walliser Ärzteschaft durch Bundesrat Alain Bersets 700 Millionen Franken schweres Sparprogramm. Ebenso wie ihre Berufskollegen etwa aus Zürich und der Waadt lehnen sie das Reformprogramm, welches

am 1. Januar 2018 in Kraft treten soll, konsequent ab. «Ansonsten werden die Strukturen wie der Hausarztnotfall Oberwallis (HANOW), die für eine gut funktionierende medizinische Versorgung notwendig sind, ernsthaft gefährdet.»

Konkret bemängelt die VSÄG, dass einerseits teure Leistungen gekürzt, andererseits aber bislang «untervalorierte» Bereiche nicht erhöht würden. Für ein Spital könne dies ernsthafte finanzielle Folgen haben. Weiterhin erschwere Bersets Vorhaben den Einbezug des Patienten in die Behandlung, da der Bundesrat die Zeit, welcher ein Spezialist pro Patient abrechnen darf, teils kürzen will. Den weltweit dritten Rang, den eine internationale Studie der Schweiz kürzlich punkto Zugänglichkeit und Qualität von medizinischen Leistungen verlieh, sehen die Mediziner durch Bersets Pläne deshalb gefährdet.

Zudem, und mit stärkerer regionaler Auswirkung: Durch die Kürzung der sogenannten Inkonvenienzpauschale würde der HANOW zudem auf einen Schlag einen Drittel seines Umsatzes einbüßen. «Ein Weiterbetrieb wäre unter diesen Umständen undenkbar», warnt Lehky Hagen. Paradoxiere hätte dies dann zur Folge, dass wieder mehr Patienten mit kleineren Blessuren in der Notfallstation des Spitals landen würden – wodurch die anvisierten Ein-

sparungen eben gerade nicht realisiert würden. «Bersets Pläne würden also ein strategisch gut aufgelegtes und wichtiges Projekt wieder zunichte machen.»

Unattraktive Bedingungen für Mediziner

Es ist jedoch nicht nur die Sorge um den HANOW, welche die Walliser Ärzteschaft nun Alarm schlagen lässt. Der tiefe Taxpunkt, gekoppelt mit dem angekündigten Sparprogramm, mache den Kanton für Mediziner besonders unattraktiv, befürchtet die VSÄG. Schon heute seien rund 50 Prozent der frei praktizierenden Ärzte im Wallis über 55 Jahre alt. Zudem habe die Ärztedichte bereits in den letzten circa 15 Jahren abgenommen. Ebenso wie die Zahl der Mediziner mit Vollzeitpensen; diese sank innerhalb von neun Jahren um fünf Prozent auf momentan noch 87 Prozent.

Wohl nicht zu Unrecht befürchtet die VSÄG deshalb schon bald einen ausgemachten Ärztemangel im Kanton. Bereits heute sei es schwierig, eine Sprechstunde bei Gynäkologen, Orthopäden, Neurologen, Haut- und Augenärzten zu erhalten. Bersets Sparprogramm, welches gerade auch Radiologen, Neurologen, Kardiologen, Gastroenterologen und Psychiater besonders schmerzhaft treffe, werde diese Situation in Zukunft noch verschärfen.

Ein klarer Fall?

WALLIS | In einer Einschätzung kritisiert der Generalsekretär der VSÄG, der Anwalt Dominique Sierro, sowohl die Krankenkassen als auch Bundesrat Berset stark. Gemäss den Tarifvorstellungen der Versicherer müssten bestimmte Spitäler wie etwa das Spital Wallis namhaft subventioniert werden, um zu überleben. Dies verstosse gegen den Geist der im Krankenversicherungsgesetz KVG gewollten Konkurrenz zwischen den Spitälern. Zudem hätten die Krankenkassen die Leistungskostenvereinbarung, durch welche der kantonale Taxpunktwert in Abhängigkeit von mehreren Parametern angepasst werden soll, nie korrekt umgesetzt. Auch habe das Bundesverwaltungsgericht bereits im Jahr 2010 einen Bericht anerkannt, gemäss dem der Wert des Walliser Taxpunktes um acht bis neun Rappen erhöht werden müsste. Gleichzeitig habe es den Datenpool der Versicherer infrage gestellt. Aber auch die von Bundesrat Berset angedachten Massnahmen seien nicht KVG-konform, da sie keiner Wirksamkeits- und Wirtschaftlichkeitsanalyse unterzogen worden seien. «Wir sind erstaunt, dass Bundesrat Berset auf derart offensichtliche Weise gegen das Gesetz und die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts verstösst», findet Sierro klare Worte.



Tarifstreit. Der Patient, den die VSÄG diesmal untersucht, ist das Walliser und Schweizer Gesundheitssystem. FOTO KEYSTONE